

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Müller (Zittau), Hinrich Kuessner,
Holger Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/4680 —

Überbrückungs- und Modernisierungsdarlehen für Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern

A. Problem

Förderung von Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags, ein zinsverbilligtes Kreditprogramm für die Jahre 1993 bis 1995 bereitzustellen.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des Antrags

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 12/4680 – abzulehnen.

Bonn, den 8. Dezember 1993

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Jürgen Türk
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Jürgen Türk

I.

Der Antrag – Drucksache 12/4680 – vom 31. März 1993 wurde in der 163. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Juni 1993 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuß Treuhandanstalt und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Ausschuß Treuhandanstalt hat in seiner 14. Sitzung am 24. Juni 1993 den Antrag abgelehnt.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner 56. Sitzung am 30. Juni 1993 den Antrag gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

III.

In dem Antrag wird vorgeschlagen, für die Jahre 1993 bis 1995 ein zinsverbilligtes Kreditprogramm bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufzulegen, mit dem Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit Sitz in den neuen Bundesländern gefördert werden sollen. Die Überbrückungs- und Modernisierungsdarlehen sollen eine Höhe bis maximal 50 vom Hundert der Lohnsumme des letzten Geschäftsjahres haben, die Laufzeit solle zehn Jahre betragen. Vorgesehen ist in den ersten drei Jahren eine Zins- und Tilgungsfreiheit sowie für die restliche Laufzeit eine Zinsverbilligung von zwei Prozentpunkten. Der Bund soll die Ausfallbürgschaften übernehmen. Das jährliche Kreditvolumen wird auf etwa 10 Mrd. DM geschätzt.

IV.

Die Vertreter der Fraktion der SPD führten aus, daß Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Bundesländern häufig standort- und vereinigungsbedingten Mehrkosten und Wettbewerbsnachteilen gegenüberstünden, die zu einer zusätzlichen Belastung der laufenden Produktion führten.

Diese außerordentlichen Belastungen würden insbesondere auch aufgrund der derzeitigen Rezession nicht ausgeglichen. Für das Anliegen des vorliegenden Antrags spreche auch ein kürzlich veröffentlichtes, vom Bundesministerium der Finanzen in Auftrag gegebenes Gutachten des IfO-Instituts für Wirtschaftsforschung. Der Mittelstand in den neuen Ländern brauche eine Stärkung der Beratung und Information sowie eine Verbesserung der Eigenkapitalquote.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der parlamentarischen Gruppen, den Antrag – Drucksache 12/4680 – abzulehnen.

Bonn, den 8. Dezember 1993

Jürgen Türk
Berichterstatter

